

Neue Filmbeiträge im Web-TV des SoVD

Jahresempfänge und Kampagne dokumentiert

Unter www.sovd-tv.de gibt es mehrere neue Filmbeiträge zu sehen. So ist zum Jahresempfang des SoVD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ein Beitrag für das SoVD-TV entstanden, ebenso ein Film über eine aktuelle Kampagne des Landesverbandes.

Zudem wurde ein Beitrag über den SoVD-Jahresempfang in Berlin ins Netz gestellt. Neben Auszügen aus der moderierten Podiumsdiskussion unter dem Titel „Sozialstaat und Finanzkrise – Vorschläge der Politik im Wahljahr“ sind dort Redebeiträge und Statements von Gästen zu sehen und zu hören.

Neben dem Beitrag über den Jahresempfang haben die Macher von SoVD-TV für den SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. einen weiteren Film produziert. Er dokumentiert die Kampagne für sozialen Ausgleich, Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit, die der Landesverband im Bundestagswahljahr unter dem Motto „SoVD - starke Stimme für Menschen“ gestartet hat. Unterstützt wird die Kampagne vom Kölner Kabarettisten Wilfried Schmickler, der die Schirmherrschaft über die SoVD-Kampagne übernommen hat.

Um sich die Beiträge anzuschauen, besuchen Sie einfach die Internetseite www.sovd-tv.de. Sie haben dort auch die Möglichkeit, sich den Film mit Untertiteln anzeigen zu lassen. Alle SoVD-TV-Beiträge finden Sie auf YouTube. Fragen oder Anregungen können Sie auch direkt per E-Mail an: info@sovdtv.de richten.



Kranke Langzeitarbeitslose im Visier

Schärfere Kontrollen

Hartz-IV-Empfänger, die häufiger krank sind, müssen sich offenbar verschiedenen Medienberichten zufolge auf schärfere Kontrollen der Jobcenter gefasst machen. Nach einer neuen internen Weisung der Bundesagentur für Arbeit (BA) sollen die Jobcenter gegebenenfalls sogar ärztliche Atteste prüfen lassen, wenn der Verdacht naheliegt, dass Langzeitarbeitslose „blau“ machen.

Das Gesetz ist eigentlich schon seit 2009 schärfer gefasst. Seitdem ist es den Jobcentern erlaubt, kranke Arbeitslose schärfer zu überprüfen. Kontrolliert werden soll demnach etwa, wer sich „auffällig häufig nur für kurze Dauer“ krankmeldet, oft zu Beginn oder am Ende einer Woche krank wird und Einladungen zu Meldeterminen beim Arbeitsamt wegen Krankheit versäumt. Überführten „Schummlern“ soll die Unterstützung gekürzt werden. Bei einem Verdacht können die Jobcenter den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) einschalten. Notfalls müssen betroffene Hartz-IV-Empfänger sogar damit rechnen, zuhause untersucht zu werden.

Weil die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert hat, gibt es mehr Stellenangebote. Das hat bereits schon dazu geführt, dass die Jobcenter häufiger Sanktionen verhängen (wir berichteten).



Foto: lagom/fotolia

Müssen sich kranke Arbeitslose unter Umständen auch auf Hausbesuche des Medizinischen Dienstes einstellen?



Foto: claude castor86/fotolia

Vor großen Herausforderungen steht der Deutsche Bundestag – der SoVD bringt sich auch im Vorfeld der Wahl mit Kernforderungen und anderen Initiativen ein.

Kernforderungen, Wahlprüfsteine, Instrumentenkasten und Argumentationskarten

SoVD-Initiativen zur Wahl

Der 18. Deutsche Bundestag, der im Herbst 2013 gewählt werden wird, steht vor großen Herausforderungen. Insbesondere gilt es, die erhebliche finanzpolitische Verantwortung zu bewältigen, die die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Eurokrise übernommen hat. Dies kann nur mit einer Politik gelingen, bei der Solidarität und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt des Handelns stehen. Dafür wird sich der SoVD auch im Vorfeld der Wahl mit Nachdruck einsetzen.

Den Auftakt bildeten im März die Kernforderungen, die der SoVD-Bundesvorstand zur Bundestagswahl erhoben und verabschiedet hat (wir berichteten in der April-Ausgabe auf den Seiten 4 und 5).

Um die Aktivitäten der Gliederungen zur Bundestagswahl zu unterstützen, hat der Bundesvorstand die Abteilung Sozialpolitik beauftragt, auf Basis der Kernforderungen weitere Instrumente für SoVD-Initiativen vor Ort in Zusam-

menarbeit mit der Pressestelle zu entwickeln. Dazu gehören vor allem Wahlprüfsteine und Argumentationskarten zu zentralen Forderungen des SoVD. Des Weiteren soll eine Sammlung von Mustertexten zur Verfügung gestellt werden, mit deren Hilfe Veranstaltungen mit den Bundestagskandidatinnen und -kandidaten vor Ort organisiert werden können.

Der „Instrumentenkasten“ für SoVD-Initiativen zur Bundestagswahl 2013 wird im Mai

an die Gliederungen gesandt werden. Es ist geplant, für diese und weitere Informationen zur Bundestagswahl 2013 ein eigenes Webportal auf der Internetseite des SoVD einzurichten. Die Aktionen und Maßnahmen des SoVD zur Bundestagswahl werden auch in den kommenden Ausgaben der SoVD-Zeitung redaktionell begleitet werden.

Die SoVD-Kernforderungen sind als barrierefreie PDF-Datei unter www.sovd.de/kernforderungen-btw-2013 verfügbar.



Frauen im SoVD – das Thema

Mütter-Gleichstellung überfällig

Die Gleichstellung der Mütter bei gesetzlichen Rentenpunkten ist überfällig, aber immer noch politisch umstritten. Deshalb tritt der Ausschuss für Frauenpolitik im SoVD seit langem für die gleiche rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden und die, die ab 1992 geboren wurden, ein.

Derzeit erhalten Mütter von Kindern, die ab 1992 geboren wurden, drei Jahre mit je einem Entgeltpunkt, also insgesamt drei Entgeltpunkte pro Kind, in der gesetzlichen Rente anerkannt. Das entspricht aktuell einem monatlichen Rentenbetrag von 84,21 Euro (West) bzw. 74,76 Euro (Ost).

Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, erhalten Mütter bisher nur je ein Jahr mit einem Entgeltpunkt anerkannt. Das entspricht einer monatlichen Rentenzahlung von 28,07 Euro (West) bzw. 24,92 Euro (Ost). Damit kommen im Laufe von zum Beispiel zwanzig Jahren Rentenbezug Differenzen in beträchtlicher Höhe zusammen. Für Mütter in Westdeutschland beträgt diese Differenz etwa 13500 Euro, für Mütter aus Ostdeutschland etwa 12000 Euro. Wir halten deshalb einen sozialen Ausgleich schon aus Gerechtigkeitsgründen für überfällig.



**Hannelore Buls
Mitglied im Ausschuss
für Frauenpolitik**

Wenn Altersarmut droht, zählt jeder Euro. Die eigenständige Existenzsicherung und Altersvorsorge war im Übrigen im Jahr 1985 auch die Begründung, um die Entgeltpunkte für Mütter einzuführen.

In der Politik ist das Thema nach wie vor umstritten. Die Opposition ist anscheinend inzwischen auf dem Weg anzuerkennen, dass gerade die Mütter mit den vor 1992 geborenen Kindern sehr viel weniger bis

überhaupt keine Möglichkeiten hatten, bereits nach dem ersten Lebensjahr des Kindes wieder erwerbstätig zu sein. Die Koalitionsparteien der Bundesregierung tun sich derzeit aber schwer damit. So ist es auch ein großes Verdienst der Frauen-Union, das Thema inzwischen so weit vorangebracht zu haben, dass jetzt eine entsprechende Formulierung in das mögliche neue Regierungsprogramm der CDU/CSU kommen soll. Wie es in einer schwarz-gelben Koalition damit weitergehen könnte, bleibt dennoch unklar, denn unterdessen lehnt die FDP eine Anhebung vollständig ab. Gerade die Regierungsparteien werden nicht müde einzufordern, dass Leistung in Deutschland anerkannt und honoriert werden muss – wieso versagen sie dann Frauen die Anerkennung und den erforderlichen finanziellen Ausgleich für ihre gesellschaftliche Leistung?